



# PRINZ-SAMPINGER

# Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Füncher und Weißbinder

Nr. 37

**Das Blatt erzielt jeden Sonnabend  
Abonnementssatz 3 Blatt pro Monat  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25  
Clara-Groß-Str. J. Ferusar.: Nr. 246**

Hamburg, den 16. September 1922

Anzeigen kosten die sechsgespartete Non-parallelezeile oder deren Raum 5 Mark  
(Der Bestag ist stets vorher einzusenden),  
Verbandsanzeigen 2 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

# **Die zentralen Lohnverhandlungen vom 4. bis 6. September.**

Im Entschluß der letzten Haupttarifamtsitzung vom 10. August kam zum Ausdruck, daß neue Löhne früher als am 15. September festgesetzt werden können, wenn eine außerordentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten sollte. Die am 10. August vereinbarten Lohnsätze waren kaum in Kraft getreten, als tatsächlich auch eine gewaltige Leuerungswelle hereinbrach. Der Dollar kurs, der Anfang August auf circa 700 stand, stieg in wenigen Tagen weit über 2000, und unmittelbar darauf folgten Preissteigerungen für alle lebensnotwendigen Artikel. Gleichlicherweise machte sich in allen Kollegenkreisen eine steigende Ungeduldigkeit bemerkbar, da bis vereinbarten Löhne in keiner Weise mehr guttaten, den Lebensunterhalt zu bedenken. Sofort setzte sich unser Verbandsvorstand mit dem Reichsbund in Verbindung, damit umgehend örtlicherseits den bestätigten Wünschen unserer Kollegen keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Gleichzeitig wurde beim Reichsarbeitsministerium der Spruch eines Schlichtungsausschusses beantragt. Das vom Reichsarbeitsminister angeordnete Einigungs- und Schlichtungsverfahren fand vom 4. bis 6. September im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des unparteiischen Ministerialrat Dr. Müller und Oberregierungsrat Dr. Gaspar statt. Beide Gericht wurden von jeder Seite 5 Personen delegiert. Die Parteien waren sich nach kurzer Diskussion einig, daß die Entscheidung dieses Schlichtungsausschusses ebenso wirksam sein sollte wie ein Entschluß des Haupttarifamtes.

So sachlich und ruhig die Verhandlungen im allgemeinen sich zein äußerlich betrachtet, auch abwickelten, der Stand der Arbeitgeber war jedoch stärker als je vorher. Sie gaben wohl zu, daß die Zeuerung eine recht wesentliche sei, aber ihrer Meinung nach präge sie sich nicht so stark aus, wie unsere Vertreter an Hand eines umfangreichen Materials aus allen Gegenden Deutschlands zweifelsfrei darlegen könnten. Weiter kam hingu, daß die Arbeitgeber die in Stütze für das Baugewerbe mit Sicherheit zu erwartende neue Lohn-erhöhung vom 15. September bestw. 1. Oktober nicht berücksichtigen wollten, weil sie in Müßigkeit auf die dort bedeckende Sifse an weiteren Lohnzurhöhungen zweifelten. Schließlich stand am zweiten Verhandlungstage spät abends nach ungemein langwierigen Verhandlungen im Plenum der Parteien und besonders im engeren Rahmen des Schiedsgerichts endlich folgender Vorentscheid: Annahme:

1. Die durch Schiedsspruch vom 10. August 1922 ab  
1. September 1922 festgesetzten Böhne werden für die Zeit  
vom 3. September 1922 einschließlich bis zum 15. September  
1922 einschließlich um 10 % erhöht, weil eine Verschlechte-  
zung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse aner-  
kannt wird und infolgedessen die seinerzeit getroffene Böhn-  
zegebung offenbar undlich geworden ist.

8. Der Schlichtungsausschuss geht ferner davon aus, daß eine Leuerungsunahme für die Zeit vom 16. September 1922 bis 15. Oktober 1922 im allgemeinen 40 % betragen wird. Dieser Quotient ist eine Stichtzahl, von der unter Berücksichtigung besonderer örtlicher Verhältnisse sowie im Hinblick auf die Löhne im Baugewerbe bei Festsetzung der Löhne abweichen werden kann.

8. Die nächsten Verhandlungen über die Löhne beginnen am 2. Oktober 1922. Die neuen Löhne können mit Wirkung von einem früheren Termin als dem 18. Oktober 1922 festgesetzt werden, wenn sich bei den Verhandlungen herausstellt, daß infolge außerordentlicher Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse die bestehenden Löhne offenbar unkiffie erweichen.

Um dritten Verhandlungstage wurden zwischen den Parteien auf Grund des obigen Spruches die Löhne für sämtliche Lohngebiete festgesetzt. Für die Orte und Lohngebiete, bei denen keine Einigung ~~gelingt werden konnte~~ entstand der Schlichtungsausschuss.

Sowohl die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses im Plenum geführt wurden, wollen wir darüber nachstehend einige Ausführungen wiedergeben. Es war zuerst einmal, daß für das gesamte Malergewerbe die Lohnstreitigkeiten durch ein Einigungs- und Schiedsverfahren gut Erledigung fanden. Kollege Greine, der als Vertreter unserer Kollegenschaft zuerst das Wort erhielt, gab ein zusammenfassendes Bild über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Er wies eingehend nach, daß sich unsere zuletzt hervorgehobenen Befürchtungen als richtig erwiesen haben, denn über die eingetretene Zeverung allein in den letzten 14 Tagen des August wisse keiner von uns aus eigener Kenntnis hinreichend Bescheid. Er hoffe nur, daß im dem betrachteten Standpunkt, der sich immer noch in Arbeitgeberkreisen hervorbringe — nur die Lohnsteigerungen brächten erst die Preissteigerung — endlich aufgeräumt werde. Er wies unter anderm auf einen Artikel über die Geldentwertung in der „Arbenauszeitung“ Nummer 45 hin, die gewiß nicht als arbeiterfreundlich bezeichnet werden könnte, in dem treffend zum Ausdruck gebracht werde, daß die Entwertung des Mark mit dem Absinken ihres Kurses an der Börse beginnt, also gegenüber den ausländischen Zahlungsmitteln. Von da pflanzt sich die Entwertung im Wirtschaftsleben weiter fort, findet zunächst Einlaß bei der Gestaltung der Großhandelspreise, und besonders dann stark und schnell, wenn es sich um aus dem Ausland eingeführte Waren handelt; greift von da über auf die Kleinhandelspreise, in erster Linie auf dieselben Waren, die der freien Preisbildung unterliegen, später auch auf die zwangsbewirtschafteten Waren und die Wohnungsmiete, gelangt schließlich so bis zum Lohn, der erst dann in die Höhe getrieben wird, wenn bei Steigerung der Preise für die Lebensunterhaltsmittel unverträglich geworden ist und endet in der Vermögensbildung, die also immer am wenigsten stark aufgebläht ist, somit auch als Nachfrage nach Sachwerten auf dem Effektenmarkt nur in einem Maße auftreten kann, der die Preise (der Effekten

längst nicht entsprechend der Entwertung der Mark gegenüber dem Dollar steigert. — Es zeigt sich danach, daß die Löhne der Arbeiter in der Preisbildung an letzter Stelle kommen. Wohl sei es schwer über den Grad der Teuerung generell genaue Feststellungen zu machen; aber die Preissteigerungen aller Waren in den letzten Wochen infolge des Marksturzes seien so ungeheuer, daß schleunigst durch angemessene Lohnerhöhungen der bittersten Not und der zunehmenden Verelendung vorbeugegt werden müsse. Wenn auch der Dollar in den letzten Tagen nicht mehr die sprunghaft steigende Tendenz geige, so flattern aber die Warenpreise mit geringen Ausnahmen täglich, ja stündlich weiter aufwärts. Die Hoffnung, daß endlich einmal ein Rückgang

oder ein Stützpunkt eintrete, müsse man jetzt aufgeben. Er wies auf die Preisanstiege hin, die aus fabelhaften Grenzen. Aus der neuesten Veröffentlichung der „Frankfurter Zeitung“ über die Großhandelspreisbewegungen im August gehe her vor, daß der Gesamtindex von 98 Waren von 18 885 im Anfang August auf 28 919 bis Anfang September gestiegen ist. Gegenüber dem Anfangspreise eines Pfundes Kartoffeln um

dem Friedenspreise eine 817fache Steigerung. Die gleiche Zeitung stellte fest, daß die Kleinhandelspreise für Lebensmittel und Haushaltungsartikel in 4 Tagen allein um 34 % gestiegen sind, in den letzten Wochen durchweg weit über 100 %. Obenso hohe und noch viel höhere Steigerungen sind für Kohlen, Schuhe und Textilwaren eingetreten. Es haben deshalb in der Industrie und in vielen Gewerben, besonders auch im Baugewerbe, unter Verstärkung dieser außergewöhnlichen schwierigen Verhäl-

nisse Löhnerhöhungen mit Nachzahlungen stattgefunden. Fast allgemein sei die vierzehntägige Verhandlungsschrift schon durchgeführt, um der sprunghaft einsetzenden Zeuerung nachzukommen. Auch für uns müsse dies jetzt durchgeführt werden, es könne nicht zum Nachteil unserer Kollegen länger gewartet werden, alle Preisssteigerungen treten sofort in Kraft. Die zu bereinbaren Lohnsätze müßten den völlig veränderten Lohnsätze Rechnung tragen. Es sei ein unhaltbarer Zustand, wenn in denselben Betrieben oder Deutzen selbst ungelernte Arbeiter 10, 20 und 30 % mehr erhalten als unsere Kollegen.

Herr Kruse als Sprecher der Gegenpartei musste zugeben, daß eine bedeutende Steuerung eingetreten sei, doch glaubte er, daß sie nicht überall so scharf hervortrete. Der Verheiratete werde am schwersten getroffen. Deswegen sei es vom sozialen Standpunkt aus berechtigt, zwischen ledigen und verheirateten Arbeitern in der Entlohnung einen Unterschied zu machen. Gerade die Ledigen treiben infolge der hohen Böhne einen weitgehenden Brugus. Wenn er auch die neue Forderung der Gehilfen noch nicht könne, so wolle er doch gleich hervorheben, daß das Malergetriebe die gleichen Lohnsätze wie im Baugewerbe, auch die Nachzahlungen, nicht billigen könne. Das Malergetriebe könnte sich mit dem

zialpreise und die steigenden Löhne führen dazu, daß viele Arbeiten nicht zur Ausführung kommen. In einer Reihe von Städten mache sich schon Arbeitslosigkeit bemerkbar, weil durch die Verteuerung der Arbeiten die Aufträge zurückgezogen würden.

In einer Erwiderung hierauf bemerkte Kollege S t r e i n e , daß in Groß- und Kleinstädten sich die große Leuerung ganz allgemein bemerkbar mache. Die Preise dictieren der Handel und die Produzenten, die alle restlos organisiert seien. Der Einführung von Soziallöhnen in unserm Gewerbe können wir nicht zustimmen. Das Leben der lebigen Kollegen sei heute auch sehr verteuert; sie sind gezwungen, meistens in Wirtschaften zu essen, ihre Logispreise seien ungeheuer hoch. Dann dürfe nicht vergessen werden, daß die meisten unserer jüngeren Kollegen für die Erhaltung ihrer Angehörigen mit beitragen. Wenn wirklich die jüngeren Leute mal größere Ausgaben machen, so werde hier viel zu viel verallgemeinert. Das Elend, das in so vielen Arbeiterfamilien herrsche, trete öffentlich nicht genügend in die Erscheinung. Das Gefühl, daß bei billigeren Löhnen der Lebigen die Arbeitgeber doch diese bevorzugen werden, wenn es auch immer bestritten werde, sei berechtigt; zudem bestehe schon die tarifliche Altersgrenze. Wenn auch jetzt bei den gewaltigen Materialsteigerungen viele Meister sich nicht einbeden und mit dem Kauf zurückhalten; wenn das nötige Material gebraucht würde, müsse es doch gelaufen werden. Die Konjunktur in Deutschland sei für uns noch eine gute. Bei der Festlegung der neuen Löhne komme zuerst in Betracht, auf wie lange diese gelten sollen. Eine vierwöchige Bindung sei jetzt unmöglich; in 14 Tagen müsse eine Stebidiereung unbedingt stattfinden. Das letztemal sei eine vierzigprozentige Lohnsteigerung eingetreten; aber gerade die letzten Tage haben eine bis jetzt unerhörte Preistreiberkeit gebracht, und seit dem 1. September sind für Lebensmittel, Kohle, Gas, Fahrgelder usw. wieder eine zweie- bis dreifache Erhöhung eingetreten. Unbedingt müssten vom 1. September an auch für unser Gewerbe die Löhne erhöht werden, und zwar allgemein um 100 %.

Die Forderung schien bei einigen Arbeitgebern kläffen Schreden hervergerufen zu haben. Erst nachdem sie sich erholt hatten, kam die Diskussion wieder in Fluss. Diese Forderung führte direkt in den Abgrund. Wir eilten geradezu der Leuerung voraus. Wenn andere Gewerbe sähen, daß die Maler 100 % Lohnhöhung haben wollen, lämen diese mit demselben unberechtigten Verlangen. Für Verheiratete wollte man etwas bewilligen, aber nicht über 80 % hinaus; für die Jüngeren könne keine Erhöhung eintreten, diese trieben heute den schlimmsten Lugs. Von anderer Seite wurde dafür eingetreten, die Lohnhöhung wieder prozentual zu berechnen, nicht generell für alle Lohngebiete wie das Leitmal.

Nachdem Kollege Strehne nochmals eingehend die Notwendigkeit unserer Forderung begründet und die verschiedenen Einwendungen richtiggestellt hatte, trat das Schiedsgericht in die weiteren näheren Beratungen ein, die vertraulich geführt wurden.

Als die Parteien wieder zusammentraten, ergab sich, daß die Arbeitgeber vor dem 15. September keine Mehrzahlung zugestehen wollten; die dann folgende Lohnnerhöhung sollte 80 % betragen. Die einzelnen Landesvertreter schilberten ihre Lage, die es nicht zulasse, daß die Löhne so hochschnellen. Mit 40 % Buschlag sei die eingetretene Leuerung völlig abgegolten; zudem könne man jetzt wieder von einer Stabilität der Preise reden. Es wäre gar nicht möglich, die Gelder für die Lohnzahlungen einzuholen. Hunderttausende in Deutschland verdienen keine 40 M die Stunde; schon bei dreißigprozentiger Lohnsteigerung erhöhe sich der Wochenlohn bis um 700,-

In der mehrstündigen Aussprache wurde von uns jen  
Vertretern auf diese Einwände gründliche Abrechnung ge-  
halten. Die amtliche Indexziffer reiche nur bis 23. Au-  
gust, sie sei durch die scharf einsehende Steuerung längst  
überholt. Eine allgemeine Verschlechterung der Lage sei  
nicht wegzustreiten, deshalb müsse auch vom 1. September  
ab die neue Lohnzahlung erfolgen. Wie man da noch von  
einer Stabilität reden könne, sei nicht zu verstehen. Wenn  
man eine Lohnerhöhung immer zu spät erhalte, gehe ihre  
Wirkung völlig verloren. Zahlenmäßig sei eine Preistiefe-  
rung von 100, 200 und 300 % nachgewiesen. Demgegen-  
über behaupten zu wollen, mit 30 % die gesamte Steuerung  
abzugelten, sei unfair. Gegenüber andern Facharbeitern  
beständen Lohnspannungen von 16 bis 35 M die Stunde,  
das seien unhaltbare Zustände. Ledermann fühle die  
Preistreiberei am eigenen Leibe, und der gerecht denkende  
Mensch müsse dies doch auch anerkennen. Was zum Leben  
notwendig sei, müsse bewilligt werden. Die Indexzahlen  
geben kein zuverlässiges Bild von der Lage, das werde auch  
amtlich zugegeben, sie erfassen nur das Notdürftigste, das  
müsste wohl beachtet werden. Darum sei es auch nur ge-  
recht, wenn von dem 1. September an die Löhne erhöht

unserm Gewerbe. Unsere Forderung sei keine übertriebene, die Preissteigerung sei prozentual eine viel höhere. In allen Kollegenkreisen sei Notlage vorhanden. Im Interesse des gesamten Gewerbes liege es, durch angemessene Lohn erhöhung den Berufskollegen die Arbeitsförderung nicht zu rauben.

Wiederum verhandelte das Schiedsgericht unter sich, ohne daß es zu einem weiteren Schritt nach einer Einigung führte. Die Unparteiischen nahmen dann allein Stellung zu der Sachlage und unterbreiteten nach längerer Beratung dem Schiedsgericht einen Vorschlag, zu dem die Parteien getrennt beraten sollten. Sie waren der Meinung, daß 40 % Lohnerschöhung der Teuerung nicht entspreche, und daß es angemessen und gerechtfertigt sei, vom 8. bis 15. September eine zehnprozentige und vom 16. September bis 15. Oktober eine weitere Erhöhung der Löhne um weitere 40 % einzutreten zu lassen. Die Möglichkeit sollte vorbehalten werden, Ausgleiche zu schaffen, um eine Ablehnung an die Bauerbeiterlöhne zu ermöglichen.

Unsere Kollegen bezeichneten eine zehnprozentige Lohnerschöhung bei der jeweils Geldentwertung als eine Kapitalie, auch die weiteren 40 % genügten uns keinen Umständen. Wieder blieben wir andern Gewerben gegenüber 3 Wochen zurück. Mindestens müsse eine sofortige sechzigprozentige Lohnerschöhung eintreten, ferner eine zweiwöchige Verhandlungsperiode. Der Vorschlag der Unparteiischen sei ungenügend, weil er der Teuerung nicht Rechnung trage. Da beide Parteien von ihrem Standpunkt nicht abgingen, fanden die Unparteiischen mit ihrem Vorschlag von keiner Seite Unterstützung. Sie ersuchten aber spät abends dringend, um die Verhandlung nicht resultlos auszutragen zu lassen, am kommenden Tage die Verhandlungen zunächst ohne ihre Mitwirkung wieder aufzunehmen.

Nach den Verhandlungen der einzelnen Parteien stellte sich bald heraus, daß ohne die Unparteiischen kein Schritt vorwärts zu kommen war, da die Arbeitgeber jede Verbesserung der Vorschläge ablehnten. Stundenlang verhandelten darauf die Unparteiischen mit den Parteien des Schiedsgerichts gesondert. Eine nähere Formulierung des zu folgenden Spruchs stieß wegen verschiedener Punkte auf den größten Widerstand unserer Kollegen. Die Arbeitgeber lehnten eine weitere Lohnverbesserung ab und beharrten darauf, daß die neuen Löhne bis 15. Oktober in Kraft bleiben müssten, während die Unparteiischen einen früheren Termin für angemessen hielten und auch gegen die Einführung von Soziallöhnen sich wehrten.

Wiederum traten die Vertreter des Schiedsgerichts zusammen, nachdem die Unparteiischen endgültig ihren Spruch formuliert hatten, den sie nun bekanntgaben. Nach Annahme dieses oben abgedruckten Vorentscheids folgten Dienstag Abend und Mittwoch die Beratungen der beiden seitigen Vertreter des Bezirke und Landesverbände, wodurch die Löhne für die einzelnen Orte ziffernmäßig festgesetzt wurden. Für Berlin, Bayern, Baden, Rheinpfalz und den Bezirk Norddeutschland konnten die Parteien zu keiner Vereinbarung kommen, so daß über diese Lohngebiete Mittwoch abend noch durch das Schiedsgericht entschieden werden mußte.

So kamen nach dreitägigen äußerst schwierigen Verhandlungen die neuen Rahmenzüge zustande, die umgehend unsern Filialverwaltungen durch die Bezirksleiter bekanntgegeben worden sind. — Wir kommen noch näher darauf zurück.

## Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Der heutige Arbeitsmarkt ist ein für alle Erfrüttungen unseres industriell hochentwickelten Wirtschaftslebens besonders empfindlicher Gradmesser. Denn die Folgen des allgemeinen Zusammenbruches unserer Währung machen sich nicht nur in einer alle Grenzen übersteigenden Verkürzung der Lebensmittel und sonstigen von der breiten Masse des Volkes zu konsumierenden Bedarfsartikel so überaus drastisch bemerkbar, sondern die Katastrophen unterbindet auch weitesten Kreisen der Bevölkerung alle Erwerbsmöglichkeiten. Die bisherige Konjunktur kommt zum Teil nur durch den fortwährenden Ausverkauf unserer Fertigwaren aufrechtzuhalten werden. Bei der heutigen Währung wird für

uns die Bedarfssdeckung an hochwertigen Rohmaterialien aus dem Auslande für die Warenherstellung und Warenbereitung eine Unmöglichkeit. Damit muß aber auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln stark eingeschränkt werden, und Hunger und Not sind für das arbeitende Volk in bedrohlich greifbare Nähe gerückt.

Da unser Malergewerbe nicht zu den lebenswichtigen Berufen zu zählen ist, so machen sich Störungen des Wirtschaftslebens bei uns immer sofort bemerkbar, indem geplante Aufträge an Malerarbeiten zurückgestellt und bereits in Angriff genommene Neu- oder Renovierungsarbeiten auf das irgend möglichste Mindestmaß beschränkt werden. Ist schon aus wirtschaftlichen Gründen überhaupt beobachtlich, da wertvolle Objekte, die durch Erneuerung der Schutzanstriche erhalten werden könnten, dem sicheren Verderb anheimfallen, so werden naturgemäß in erster Linie die Arbeitnehmer unseres Berufes besonders hart getroffen, da sie an und für sich schon allen Schwankungen der Konjunktur eines ausgesprochenen Saisongewerbes unterworfen sind. Schon in unserer Erhebung über die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder für den Monat Juli mußten wir eine Abnahme der Arbeitsgelegenheit im Berufe von 0,2 % gegen den Vormonat feststellen. Die Arbeitslosigkeit hat im Monat August weiter um sich gegriffen, und am 26. August wurden in 156 Filialen mit 57 164 Mitgliedern bereits 677 Arbeitslose oder 1,2 vom Hundert der erfaßten Berufskollegen gezählt. In der nachstehenden Tabelle haben wir diesmal die Rubriken für die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung, die sogenannte "Kurzarbeit", wegen der für uns recht geringen Bedeutung weggelassen und dafür die Zahlen für das laufende Jahr die Ergebnisse des vorigen Jahres gegenübergestellt, um so eine vergleichende Übersicht zu ermöglichen. Im Bedarfsfalle kann die vorkommende Kurzarbeit in Zukunft rechtlich mit verarbeitet werden; seit April dieses Jahres sind dahingehende Feststellungen ergebnislos gewesen. Dagegen dürfte die Entwicklung der Arbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum bei allen Kollegen lebhafte Interesse begegnen; denn die nächsten Zahlen reden für jeden, der sich nur einigermaßen darin zu vertiefen versteht, eine unverdeutlichte deutliche Sprache über die Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe.

Monat	Ge kennzeichneten Filialen	Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schluß des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schluß der leasten Woche des Monats	Auf 100 Mit- glieder ent- fallen Arbeits- lose am Schluß der letzten Monatswoche			
		1921	1922		1921	1922		
Januar	173	153	52 602	50 644	8116	6772	15,4	13,3
Februar	171	159	53 699	54 062	7296	5791	18,6	10,7
März	172	147	52 551	44 901	2278	531	4,8	1,2
April	161	150	52 937	54 967	2462	518	4,6	0,9
Mai	174	146	52 851	55 843	559	179	1,1	0,3
Juni	165	143	52 959	48 506	466	161	0,9	0,3
Juli	144	148	51 302	56 999	268	287	0,5	0,5
August	163	156	52 705	57 164	284	677	0,5	1,2
Septemb.	151	—	52 645	—	221	—	0,4	—
Oktober	161	—	54 609	—	507	—	1,9	—
November	161	—	50 187	—	2039	—	4,1	—
Dezember	155	—	51 896	—	4112	—	7,9	—

Wie das Gesamtergebnis sich wesentlich verschlechtert hat, so hat auch die Arbeitslosigkeit in den Bezirken mit einer Ausnahme an Umfang zugenommen. So wurden ermittelt im 1. Bezirk in 46 Filialen mit 11 448 Mitgliedern 194 = 1,7 % (gegen 0,8 % im Juli) Arbeitslose, im 2. Bezirk in 13 Filialen mit 8 048 Mitgliedern 37 = 0,5 % (0,1) Arbeitslose, im 3. Bezirk in 29 Filialen mit 9776 Mitgliedern 183 = 1,9 % (0,6) Arbeitslose, im 4. Bezirk in 23 Filialen mit 9604 Mitgliedern 128 = 1,3 % (0,8) Arbeitslose, im 5. Bezirk in 27 Filialen mit 11 510 Mitgliedern 100 = 0,9 % (0,2) Arbeitslose, im 6. Bezirk in 15 Filialen mit 4588 Mitgliedern 8 = 0,2 % (0,2) Arbeitslose und im 7. Bezirk in 9 Filialen mit 2186 Mitgliedern 27 = 1,2 % (0,6) Arbeitslose.

Die Gesamtmitgliederzahl unseres Verbandes ist nach unserer diesmaligen Erhebung auf 60 480 (davon 433 weibliche) gestiegen. Für die 36 Filialen, die ihre Berichtszeit bis zum 8. September noch nicht eingegangen haben, mußte dabei allerdings die Zahl aus einem vorhergegangenen Monat eingezahlt werden, während die an diesen Orten wohnenden Arbeitslosen nicht mit erfaßt werden konnten.

## Mensch.

Mensch sein heißt Verantwortung haben, Verantwortung hat sich selber, Verantwortung vor der Welt, Verantwortung vor der Zukunft. Für sich selber zeigt auch der Mensch mit eigener Kraft, gemeinsam ringen auch die Freunde und die Feinde und die Freunde und viele andere Wesen der Freiheit um die Freiheit. Der Mensch soll nicht: er soll Menschen sein, sein Glied des Ganzen und doch über dem Ganzen, indem er es erlebt, in sich fühlt und bewußt hinaufsteigt zu neuen Höhen.

Es ist etwas Wunderbares um das Menschen. Die Freude, die Freizeit, alles andere Leben feiert zur die kleine Eigenart. Der Mensch führt die Zukunft ein. Er sieht das Große, er empfand den Sinn, der hinter dem Ganzen steht. Er führt das Werk, das aus kleinen handwerklichen Händen und Herzen werden soll: Die Befreiung der Seele. Menschen.

Das ist die menschliche Menschenart. Dieses tiefsinnige des Menschen, es soll mir jetzt zufrieden sein, die Seele und die Freude soll sie einfließen die Welt. In den Geschichten und Gedichten soll sie sich wiederholen und das der Geschichts-Schule-Mensch. Menschen die eigene Kraft und das eigene freie Glück.

Und das ist die große Menschenart, die die Natur des Menschen darstellt: Sie ist ein Glück jedem Menschen? Gibt er diese wahre Menschenart? Wenn er Menschen mit dem großen Menschenmensch?

Große Freude gibt es, diese Freude zur Menschenart zu bewahren. Weil jetzt wie die bis jetzt wohl gilt keine Freude die der Mensch hier entdeckt hätte. Doch vielleicht ist es besser noch frei sein das heilige Interesse ja nicht auf dem Menschen und Menschen nicht als höchste Menschenart zeigt der Mensch.

## Die Kunst im Arbeiterheim.

Wie in unermüdlichem Kampf die Kämpfer der deutschen Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ihrer unüberwindlichen Hindernisse zur Erringung sozialer und ökonomischer Freiheiten den Volksmassen aus dem Weg räumten, so hat der geistige regsame Teil der Arbeiterschaft mit nie versagender Kraft daran gearbeitet, auch in kultureller Hinsicht den Rahmen der Weg zu bauen. So eröffneten die Bühnen in Berlin, Wien und anderen Plätzen der Arbeiterschaft das Theater. Die Bildungsanschläge der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die ihre Wirklichkeit bald über das gesamte Gebiet der Kunst ausbreiteten, bilden der Arbeiterschaft neben guten Kunstabendes und lächelnden Szenen in Büchern und Bilderausstellungen Literatur und Heimspausen von geschicktem Geschmac. All diese Leistungen stellen nun die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie als neues Glied, als weitere Stütze des Aufstiegs der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein den Volkskunstverlag "Das Bild", eingetragene Genossenschaft mit bejubelter Haftpflicht (Geschäftsstelle Berlin-Kreuzberg, Kurfürstendamm 19) zur Seite. Der Zweck der Genossenschaft ist folglichsgemäß: "Die Herausgabe und der Vertrieb originalgetreuer Niedergaden bildender und erzählerischer Kunst der Vergangenheit und Gegenwart". Bis her sind drei Werke erschienen: "Das Kabinett" von Wolf Menzel, "Der Kohlenkarren" und "Siede Landjäger" von Richard Schulz. Weitere Werke sind in Vorbereitung. Der Preis der originalgroßen Bilder (46 x 56, 56 x 62, 60 x 60 cm), beträgt 60 % für das Blatt. Die Bildungsanschläge, die Verlegeraktionen und Buchhandlungen der sozialdemokratischen Parteien, der Bühnen, der Ausstellungsausstattung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Deutschen Holzarbeiter u. s. f. in Berlin, Leipzig,

Nicht berichtet haben vom 1. Bezirk die Filialen Anklam, Demmin, Forst i. d. L., Fürstenwalde, Gleiwitz, Greifswald, Grünberg, Güterhof, Landsberg; vom 2. Bezirk: Neumünster, Saarbrücken, Trier; vom 3. Bezirk: Celle, Norden, Schleswig; vom 4. Bezirk: Bocholt, Detmold, Hamm, Minden, Südbrocken, Siegen, Solingen; vom 5. Bezirk: Arolsen, Eisenach, Weida, Zeitz; vom 6. Bezirk: Schwäb. Günzburg; vom 7. Bezirk: Bamberg, Bayreuth, Hof, Ingolstadt, München, Passau, Rosenheim, Schweinfurt und Weiden.

Für den Monat September wird die Erhebung noch auf die Arbeitslosenstatistik und den Beitrag der im 8. Vierteljahr ausgezahlten Beträge für Arbeitslosenunterstützung ausgedehnt. Zu einer geregelten Geschäftsführung in den Filialen gehört auch eine lückenlose Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit in den Filialen, der in den Zeiten einer absteigenden Konjunkturkurve eine um so größere Bedeutung beigemessen ist; das um so mehr, als die Ergebnisse eine überläufige Unterlage bei den Lohnverhandlungen bilden können, da die Arbeitgeber vielfach das Bestreben zeigen, die Arbeitslosigkeit größer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit ist. Das müßte von allen Filialen ganz besonders beachtet werden.

## Die Folgen der Geldentwertung.

In einer eingehenden Studie des Vollwirtschaftsrates W. Lehmanns in der letzten Wiederaufbaumitter über die Folgen der Geldentwertung für die verschiedenen Klassen und Gesellschaftsschichten werden unter anderem folgende Feststellungen gemacht:

1. Die Geldentwertung wurde durch zwei große Krisekräfte bedingt: die Mittellosigkeit der Regierungen und den politischen Einfluß der Schuldenklassen. Die Regierungen mussten, um den Staatsbetrieb aufrechtzuerhalten, fortwährend zur Geldverschlechterung schreiten. Die Geldentwertung (durch Herstellung neuer Noten) war und ist die letzte Rettungsmaßnahme einer Regierung. Kein Staat und keine Regierung wird ihren eigenen Bankrott oder ihren Sturz befürchten, solange das Instrument der Geldentwertung ungenügt bereitsteht. — Die Schuldenklassen, ganz besonders aber die Hypothekenklassen, das heißt die politisch zu mächtigen Landwirte, die zur Zahlung einer bestimmten Geldsumme verpflichtet waren, die sie jetzt in entwertetem Geld zurückzahlen, nehmen ebenfalls an dem Nutzen teil.

2. Die Reallöne sinken infolge der Geldentwertung, da die Löhne den Preisen entgegen erst nach hinten — ein Gemeinplatz der wirtschaftlichen Lehrbücher. Gewisse Arbeiterschichten konnten jedoch nach dieser Regel entziehen und wußten das Sinken ihres Reallohnes zu verhindern. Diese haben ihren Vorteil allein ihren starken Organisationen zu verdanken.

3. Das Aufkommen neuer Unternehmungen wird durch die Geldentwertung erschwert, den schon bestehenden erwachsen in dieser Periode keine Konkurrenten. Die bereits existierenden Unternehmungen haben ihre Betriebsanlagen billiger eingekauft, als es bei den heutigen Preisen der Fall wäre, und dies bietet ihnen einen Schutz gegen das Aufkommen neuer Konkurrenten. Auch wird der neue Konkurrent durch die Preisschwankungen und die Angst vor einem Rückslag in der Preisgestaltung abgeschreckt. So werden die bestehenden und eingeführten Konzerne gefestigt.

4. Da die Vollwirtschaften mit entwerteter Währung im allgemeinen mehr betrieben als sie erzeugen, indem die Verminderung des Reichtums nicht auf Kosten des Verbrauchs einzelner Klassen geht, hat sich die Anhäufung (Accumulation) des Kapitals infolge der Geldentwertung verlangsamt. Diese Vollwirtschaften ziehen nicht vom Einkommen, sondern vom Kapital. Und doch erfordert eine wachsende Bevölkerung — sagt Keynes — zur Erhaltung des bisherigen Lebensniveaus ein angemessenes Wachsen des Kapitals. Aus diesem Grunde läuft Europa Gefahr, seine Lebenshaltung dauernd herabzusezen.

5. Die Geldentwertung hat den Geschäftsmann in einen Schieber verwandelt. Dieser Prozeß ist ein Schlag gegen den Kapitalismus, weil er das psychologische Gleichgewicht, das die Fortdauer der ungleichmäßig hohen Profite begründete, wesentlich stört. Die Löhne vom normalen Gewinn der Unternehmer, die in den wirtschaftlichen Lehrbüchern enthalten ist, war bisher die grund-

Ragdeburg, Breslau und anderen Städten haben sich der Genossenschaft angegeschlossen bzw. ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Genossenschaftsställe, Vereinigungen usw., die sich für den Vertrieb der Bilder interessieren, wollen sich an die obengenannte Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die sofort jede Auskunft erteilt.

Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinnes ist ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angestellten und minderbefoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandbildschmuck in geeigneter Rahmung, wie zur Sammlung in Kappenstein zu erwerben und den Kulturaufschwung des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Arbeiterschaft angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarische Empfindung gewählter Künstler.

Wir begrüßen freudig diese Kulturschöpfung des Proletariats. Der Zug, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mäßigung der kapitalistischen Herrren des Kulturmärktes, die den unliebhaften Konkurrenten nicht unbekämpft lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gestaltung, reicheres Innengebäude, starker Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Künstlerleben gefördert werden — sind gleichfalls Voraussetzung des Erfolges der Arbeiterschaft.

legende Rechtfertigung des Kapitalismus. Es liegt, daß der Profit in irgendeinem billigen Verhältnis zur Langlebigkeit des Unternehmers in der gesellschaftlichen Produktion stand. Diese Illusion wurde nun aber zerstört, und jetzt ist die Entwertung des Geldes nach Keynes verantwortlich für die Erschütterung der vorhandenen Wirtschaftsordnung. Diese Feststellung Keynes' wäre an sich vollkommen zutreffend. Die Geldentwertung hat den wahren Charakter der heutigen Wirtschaftsordnung tatsächlich enthüllt. Ihre sozialen Grundlagen sind trotzdem — im Gegensatz zu Keynes' Behauptung — nicht erschüttert, aus dem Grunde nicht, weil diese Wahrheit noch nicht genugend in das Bewußtsein der Massen eingedrungen ist. Für die Not der Geldentwertung machen breite Schichten immer noch nicht den Kapitalismus, sondern oft jene Bewegungen verantwortlich, die die Beseitigung des Kapitalismus sich zum Ziele gesetzt haben.

## Das Existenzminimum im August.

Die Kosten des Existenzminimums waren nach den Berechnungen von Dr. R. Kuczynski in Groß-Berlin im August um reichlich zwei Drittel höher als im Juli,  $2\frac{1}{2}$  mal so hoch wie im Juni, 5 mal so hoch wie im Januar-Februar und annähernd 8 mal so hoch wie im August 1921. Nationiertes Brot kostete 4 mal so viel wie vor einem Jahre, Kartoffeln und Milch 5 mal so viel, Bratwurst und Gas 6 mal so viel, Haferflocken, Reis 8 mal so viel, Speck, Salzheringe, Margarine 9 mal so viel, Erbsen 10 mal so viel, Spargelbohnen 11 mal so viel, Bulet 12 mal so viel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Wiete, wesentlich stärker für Bekleidung.)

Nationiertes Brot kostete 54 mal so viel wie vor neuen Jahren, Gas 64 mal so viel, Milch 83 mal so viel, Bratwurst 92 mal so viel, Kartoffeln 132 mal so viel, Margarine 141 mal so viel, Brot im freien Handel 145 mal so viel, Reis 155 mal so viel, Bulet und Speck 220 mal so viel.

Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 146 M. für eine Frau auf 333 M. für einen Mann auf 467 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im August 1918 für ein Kind 1,40 M., für eine Frau 2,90 M., für einen Mann 3,78 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 9 Jahren billiger, weil zum Beispiel günstiger Bulet damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand.)

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Bentner Bratwurst und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 16 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 106,10 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 48 M. (75 S.). Für Bekleidung, das heißt für Beschaffung und Aufzuhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusehen: Mann 435 M. (2,50 M.), Frau 290 M. (1,65 M.), Kind 145 M. (85 S.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Waschreinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Aufschlag von 30% (1913/14: 25%) machen müssen.

Das wöchentliche Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Chepaar mit 2 Kindern	Wieder
Ernährung	467,-	799,-	1091,-
Wohnung	16,-	16,-	16,-
Heizung, Beleuchtung	154,-	154,-	154,-
Bekleidung	435,-	725,-	1015,-
Confit	321,-	509,-	682,-
August 1922	1393,-	2208,-	2958,-
Juli 1922	829,-	1298,-	1768,-
Juni 1922	579,-	887,-	1195,-
August 1921	165,-	251,-	389,-
August 1920	144,-	216,-	308,-
Aug. 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 bis 1922 vergleiche mein Buch „Verbrauchernote und Valuta“. Verlag: Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im August 1922 für einen alleinstehenden Mann 232 M., für ein kinderloses Ehepaar 367 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 493 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 72 650 M., für das kinderlose Ehepaar 114 900 M., für das Ehepaar mit 2 Kindern 154 850 M.

Vom letzten Vorriegsjahr bis zum August 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 1393 M., das heißt auf das 83,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 2208 M., das heißt auf das 98,8fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 auf 2958 M., das heißt auf das 102,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im August etwa 13 wert.

## Die Teuerungskatastrophe und die Gewerkschaften.

Im „Korrespondenzblatt“ Nr. 32 veröffentlicht hierüber der Sekretär des ADGB, Genosse Knoell, nachstehende beachtenswerte Ausführungen: Der Sturz der deutschen Mark, den wir in den letzten Wochen beobachteten, hat eine geradezu katastrophale Wirkung für die Lebenshaltung der breiten Massen des deutschen Volkes zur Folge gehabt. Die unter Opfern und Mühen erzielten Errungenschaften der vielen Lohnkämpfe des letzten halben Jahres sind der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft glatt aus der Hand geschlagen worden; alles, was die Beamtenchaft in wiederholten Zügen und langwierigen Verhandlungen an Teuerungszulagen davogetragen hat, wurde ihr sozusagen unter den Händen weggestohlen, und es ist ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften in demselben Tempo das, was der Arbeiterschaft ja in Tagen gewonnenen, in Minuten wieder eingebüßt könnten.

## Kollegen!

Zum ersten Male erhalten in diesem Jahre Kollegen, die ein Jahr in einer Werkstätte beschäftigt sind, in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober 3 Tage Ferien.

Der Endtermin steht bald bevor, so daß diesen Kollegen, die Anspruch auf Ferien haben, sie aber noch nicht erhalten haben, unverzüglich die Forderung an ihren Arbeitgeber stellen wollen.

Die Ferienordnung ist ein Bestandteil des Reichstarifvertrages, so daß es Pflicht der Kollegen ist, für ihre richtige und vollständige Durchführung einzutreten.

Diese Erkenntnis ist ganz allgemein auch in den Massen der Arbeiterschaft vorhanden. Wenn sie sich dennoch in zahlreichen Büchern und Entscheidungen durch ihre örtlichen Organe an ihre gewerkschaftliche Spitzenorganisation, den ADGB, wendet, so nicht deshalb, weil sie von diesem eine entsprechende Erhöhung ihrer Löhne, sondern durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung erwarten! Aus fast allen Zuschriften Klingt es heraus: Nicht weitere Lohnsteigerungen vermögen uns zu retten, sondern nur eine Eindämmung der ungeheuren Teuerungsflut, weil jede Lohn erhöhung, wenn sie endlich eintritt, inzwischen längst wieder durch eben diese Flut überholt ist. Gegen die Teuerung mit den schärfsten gewerkschaftlichen Maßnahmen und Mitteln anzugehen — und auch gegen die Regierung, wenn diese sich nicht endlich zu durchgreifenden Maßnahmen entschließt —, das ist das A und O aller Entschließungen und Proteste. Es ist zweifellos ein Beweis hohen Vertrauens zu den Gewerkschaften und zum ADGB, wenn die Massen der Arbeiter in diesen in ihrer Not ihre letzte Zuflucht sehen und auf sie alle Hoffnungen setzen. Aber in diesem großen und rücksichtslosen Vertrauen beruht doch eine große Gefahr für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Ganz gewiß ist das Vertrauen zu den Gewerkschaften eine wesentliche Voraussetzung für ihre Tätigkeit und ihren Erfolg. Aber selbst das größte Vertrauen vermag nicht über Hemmnisse und Schwierigkeiten hinwegzuholen, die gänzlich außerhalb des Machtbereiches der Gewerkschaften liegen — zu deren Befreiung die Gewerkschaften auch keine Regierung anwenden können, weil auch diese darauf keinen Einfluss hat —, nämlich die Grund und Ursache des heutigen wirtschaftlichen Elends in Deutschland.

Ganz gewiß haben wir in Deutschland eine Unzahl von Nebeln und gefährlichen Erscheinungen auf dem Gebiete der Warenverteuerung zu verzeichnen. So weit diese getroffen werden können, sind sich alle in Betracht kommenden Körperschaften darin einig, sie zu treffen und zu beseitigen. Aber es ist doch angesichts der gesamten Sachlage notwendig, sich endlich auch in den Preisen der Arbeitnehmerchaft darüber vollkommen klar zu werden, daß es sich bei allen diesen Erscheinungen nur um die Symptome eines Nebels handelt, dessen eigentliche Ursachen außerhalb Deutschlands, nämlich in dem Versailler Friedensdiktat und dessen Auswirkungen, liegen. Solange dieses Diktat besteht und solange Deutschland selbst nicht in der Lage ist, bei der Anwendung dieses wahrhaften Marterinstrumentes auch nur ein Wort mitzureden, solange sind wir auch nicht davor geschützt, daß immer wieder solche Katastrophen herauftauchen werden, wie wir sie im Augenblick erleben.

Es ist nicht der Zweck dieses Artikels, eine Abhandlung über das Versailler Friedensdiktat zu schreiben. Wer sich darüber und besonders über die französische „Friedens“-Politik ein Urteil bilben will, der lese das Buch des englischen Volkswirtschaftlers Professor Keynes über die wirtschaftlichen Wirkungen des Friedensvertrages. Wer das liest, der versteht auch die Politik Frankreichs. Der sieht klar, daß die vom wirtschaftspolitischen Standpunkte aus gesehen, geradezu unbegreifliche Politik eines Clemenceau und Poincaré die geradlinige, konsequente Fortsetzung der Politik ist, die Frankreich von allem Anfang an verfolgt hat. Es will sein noch immer nicht aufgegebenes Kriegsziel, die wirtschaftliche Verstörung und politische Verküpfung Deutschlands, auf diese Art und Weise erreichen. Wenn daher jede Reparations-, Sanktions- und Retorsionsrede des Herrn Poincaré das deutsche Wirtschaftsleben um Milliarden schädigt und der deutschen Arbeitnehmerchaft immer wieder neue Teuerung, neues Elend bringt, so liegt das durchaus in der Linie dieser Politik.

Wir fragen: Welche Mittel können die Gewerkschaften dagegen anwenden oder wie sollen sie die Reichsregierung zwingen, dem abzuhelfen? Kann das eine deutsche Regierung, könnte das eine Arbeiterregierung, von der in der letzten Zeit wieder häufiger geredet wird? Nein!

Hier kann nur auf internationalem Wege Abhilfe geschaffen werden. Dieser Weg ist aber naturgemäß ein langer und beschwerlicher. Die deutsche Arbeiterschaft kann sich jedoch verzögert halten, daß ihre Gewerkschaften diesen Weg längst beschritten haben, und sie werden, soweit sie dazu in der Lage sind, darauf drängen, daß die notwendigen Mittel angewandt werden.

Nach diesen Darlegungen wird man erst begreifen und zustimmen, wenn wir sagen, daß die leider recht zahlreichen Bucherer und Devisenbulanten in Deutschland eigentlich nur die Schneckenliegen sind, die in den blutenden Wunden des deutschen Wirtschaftskörpers schmarotzen, die die französische Reparationspolitik ihm immer und immer wieder zufügt. Würde man diesem Körper nur einmal Gelegenheit geben, seine Wunden zu heilen, dann verschwinden die deutschen Schneckenliegen von selbst, weil sie dann nicht mehr schmarotzen können. Aber das ist ja das besonders bössartige dieser Reparationspolitik, daß sie die Wunden, wenn sie zu heilen beginnen, gefälscht immer wieder aufreißt und noch vertieft. Wir werden trotzdem den Kampf auch gegen dieses Geschmeiß rücksichtslos weiterführen. Aber dies ist, wie gesagt, ein Kampf nur gegen die Symptome und nicht gegen die Ursachen der Krankheit. Sein Erfolg kann deshalb niemals nur ein relativier sein.

## Lohnbewegungen.

Neue Lohnvereinbarungen für Rheinland-Westfalen. Der am 10. August vom Staatskommissar in Dortmund gefallene Schiedsspruch für das rheinisch-westfälische Malergewerbe sah nach dem 1. September neue Verhandlungsmöglichkeiten vor, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses bedingten. Nach den in den letzten Wochen eingetretenen sprunghaften Preiserhöhungen wurde durch die Gehilfenorganisationen am 28. August der Antrag auf neue Lohnverhandlungen gestellt, die am 4. September in Bochum ohne Unparteiischen stattfanden. Nach eingehender Begründung einer wesentlichen Lohnsteigerung durch unsere Kollegen kam nach vierstündiger Verhandlung nachstehende Einigung zu stande:

„In den am 4. September stattgefundenen Lohnverhandlungen wurde folgendes vereinbart:

Die Augustlöhne erhöhen sich in allen Lohngebieten ab 1. September um 5 M., und ab 8. September um weitere 20 M. pro Stunde.

Am 19. September finden auf vorherigen Antrag der Partien neue Lohnverhandlungen statt.“

Einen wirklichen Ausgleich für die Teuerung bringt die Zulage nicht. Doch nach genauer Prüfung der bestehenden Verhältnisse gaben die Verhandlungsteilnehmer dem Angebot ihre Zustimmung.

Zuzug unserer Kollegen nach Bad Oldesloe und Bargteheide (Zahlstellen von Hamburg) ist gesperrt. Die Innung von Oldesloe hat den bisher bestehenden Tarif gelöndigt und weigert sich, einen neuen Tarif mit uns abzuschließen. Die Löhne werden von der Innung selbstherrlich festgesetzt, sie sind unverhältnismäßig niedrig. Die einzelnen Meister suchen durch Vermittlung der umliegenden Arbeitsnachweise, insbesondere auch durch den Hamburger Arbeitsnachweis und durch Zeitungsannoncen, Gehilfen heranzuziehen. Wir warnen unsere Kollegen vor Zuzug nach den beiden Orten. Das gleiche trifft auch für die Malermeister auf der Insel Helgoland zu (nicht für den dortigen Betrieb des Reichsvermögensamtes, bei dem die Löhne tariflich geregelt sind). Wir werden an dieser Stelle die Aufhebung der Sperrre bekanntgeben, wenn die Differenzen erledigt sind.

## Aus der Betriebsrätepraxis.

Ausgaben und Bezugsnisse der Betriebsvertretung. Wenn der Betriebsratsvorsitzende einen verunglückten Arbeiter während der Arbeitszeit besucht, um festzustellen, welches die Ursache des Unfalls war, so kann ihm für die Zeit ein Lohnabzug nicht gemacht werden. Der Betriebsratsvorsitzende handelt in Erfüllung seiner Ausgaben gemäß § 66 BGB, § 78 BGB § 6 des Betriebsrätegesetzes. Die Bezahlungspflicht des Arbeitgebers wird begründet durch den § 55 des Betriebsrätegesetzes. (Entnommen einem Urteil des Gewerkegerichts Stuttgart, 14. Dezember 1921. „Das Schlichtungswesen“ Nr. 7, 4. Jahrgang, Seite 171.)

## Gewerkschaftliches.

Georg Fröhlich †. Der langjährige Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes in Köln und in den letzten Jahren Mitglied der Gauleitung derselbst ist im Alter von nur 53 Jahren gestorben. Mit Georg Fröhlich ist ein Gewerkschafter dahingegangen, dessen Name weit über den engeren Kreis seiner Gewerkschaft und seines Gaues in Arbeiterkreisen einen guten Rang hatte. In aller Erinnerung dürfte seine Verurteilung zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe sein, die ihm sein mutiges Eintreten für seine Berufskollegen einbrachte. Ein äußerst zweifelhaftes Subjekt hatte sich nach einem Lohnkampf offen zugunsten der Unternehmer mißbrauchen lassen. Von der Strafe des Klassenrichters hat sich Fröhlich nicht mehr ganz erholen können, wenn ihm auch seine Berufskollegen und Klassengenossen ihre Achtung treu bewahrt. Er war ein Kämpfer und Sozialist; mit seinem Verband steht die ganze Arbeiterschaft trauernd an seiner Bahre.

Eine zeitgemäße Beitragssregulierung hat der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband auf seinem 9. Verbandsstage vom 21. bis 26. August in Magdeburg vorgenommen. Die Statutenberatungskommission war schon 2 Tage vorher zusammengetreten, um die 432 Anträge zu den Verbandszulagen vorzubereiten. Ihre Anregungen zur Beitragssfrage fanden die Zustimmung der Generalversammlung, so daß der wöchentliche Verbandsbeitrag für die Hauptkasse bei einem Wochenlohn bis zu 200 M. 2 M., von 200 bis 400 M. 4 M., von 400 bis 600 M. 6 M., von 600 bis 800 M. 8 M. und für weitere 200 M. wöchentliches Einkommen je weitere 2 M. Beitrag beträgt, zu denen dann noch die Ortzzuschläge für Filialen und Zahlstellen kommen. Danach steigen die Verbandsbeiträge ganz automatisch mit den Lohnhöhungen, ohne daß jedesmal besondere örtliche Änderungen nötig werden. Den höheren Beiträgen entsprechend wurden auch alle Unterstützungsätze, am wesentlichsten die Freiunterstützung, hinaufgesetzt. Für alle ehrenamtlich tätigen Funktionäre und für die Angestellten des Verbandes wurde, wie schon in vielen anderen Gewerkschaften, eine Hinrichsleinen- und Ruhegehaltsunterstützungskasse geschaffen. Der Verbandsstag begrüßte ferner die Bestrebungen zur Schaffung großer Industrieorganisationen und verlangt nachdrückliche Unterstützung aller dahingehenden Versuche. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Durch Urabstimmung im Glaserverband wurde beschlossen, sich dem neu gegründeten Baugewerksbund anzuschließen. Von den 4065 Mitgliedern — worunter sich 27 weibliche befinden — haben nur 2715 von ihrem Stimmenthalt Gebrauch gemacht, und 7 Zahlstellen haben bis zum festgesetzten Datum kein Resultat an den Hauptvorstand eingeschickt. Für Anschluß an den Baugewerksbund haben 2428 Mitglieder ihre Stimme abgegeben, während 278 dagegen stimmt und 9 Zettel ungültig waren.

Zur Einberufung eines kommunistischen Reichsbetriebskongresses wird in der kommunistischen Presse Propaganda gemacht. Die Arbeiter werden darin aufgerufen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, da die Gewerkschaftsführer nicht daran dachten, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen, sondern mit der Reichsregierung um Bettelsuppen verhandelten und freundschaftlich mit den Kapitalisten verschrien. Eine angebliche Volksversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins wende sich an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, Kontrollausschüsse zu bilden, die Preise zu regulieren, die Produktion zu überwachen und das ganze Wirtschaftsleben des Reiches zu kontrollieren. Die Betriebsräte sollen das Bank- und Geschäftsgesetz durchbrechen, mit ihren Organen in den Apparat der Stadtverwaltungen und Länder eindringen, die Beschaffungsabnahme und Verteilung der Lebensmittel, Bekleidung, Textil- und Lederwaren, Nahrung und Wohnungen überwachen, durch die Eisenbahnbehörde alles, was in die Städte eingefahren wird, kontrollieren und die Luxusproduktionlahmlegen sowie die Schwierigkeiten abheben. Die Betriebsrätevollversammlung habe aber so wenig Zuversicht, zur Kraft der Gewerkschaften, daß sie selbst einen Ausschluß von 15 Personen eingelebt und erlaubt habe, sich mit ebenj solchen Ausfällen im Reiche in Verbindung zu setzen und in spätestens 4 Wochen einen Reichsbetriebskongress zu organisieren, zu dem die Delegierten durch Urwahlen aus den Betrieben heranziehen sollen. Der Kongreß soll auch gegen den Willen der Instanzen einberufen werden und die Gewerkschaftsführer sollen gezwungen werden, ihren Beauftragten, den Betriebsräten, diese und Antwort zu stehen.

Die angebliche Volksversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte war nicht weiter als eine unkontrollierte Zusammenkunft von eitigen laufenden Personen, deren Betriebsräteleidenschaft darüber undenkbar ist. Die große Mehrzahl der Betriebsräte vertreten die größten und wichtigsten Groß-Berlins, waren völlig unvertreten. Hinter der angeblichen Volksversammlung der Berliner Betriebsräte steht nichts anderes als die Zentrale der Kommunistischen Partei, die die gegenwärtige Leuerungslage benutzen will, um wieder einmal ihr Plakat zu verwirken. Ihre Parolen sind nämlich darauf gerichtet, die Gewerkschaftsleitungen durch direkte Aktion aufgewiegelter Betriebsvertreter beiseite zu schieben und eine Rätepolitik durchzusetzen, die den kommunistischen Zwecken entspricht.

Es bedarf nur der Beobachtung dieser Tatsache, um der deutschen Arbeiterschaft darüber die Augen zu öffnen, was sie von der Unterstützung sozialer Bemühungen zu erwarten hätte. Die Gewerkschaften stehen in einem harren und zähnen Kampf gegen die Leuerung. Sie müssen ihre gesamten Kräfte austreten, um die schlimmsten katastrophalen Wirkungen von der Arbeiterschaft abzuhalten. Wer ihnen in dieser Situation durch Sonderaktionen, Gegenparolen und Veranstaltungen von Sonderkongressen oder Beleidigung hieran in den Rücken fällt, der schädigt die Gewerkschaftsbewegung und hat dann zu rechnen, daß er als Schädling angesehen und behandelt wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat seine, ehe das Tränen von kommunistischer Seite obzuwarten, Maßnahmen zur Linderung der Leuerung und zur wirtschaftlichen Gefundung vorgezeichnet und mit der Regierung über deren Durchführung beraten. Den Gewerkschaftsmännern wird der Erfolg dieser Schritte auf dem fürzigen Wege durch Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gebracht. Es bedarf dazu nicht des Umweges über kommunistische Ausschüsse und Versammlungen. In diesen Tagen, da Schwere aus der deutschen Bevölkerung und insbesondere auf der Arbeiterklasse lastet, muß volle Einigkeit in den Gewerkschaften über Verteidigung der ohnehin dürftigen Lebensmöglichkeiten bestehen. Wenn hier Unruhen und Zerstörung in unzählige Reihen getragen wird, dann ist jeder Widerstand nutzlos und unser Volk der Verelendung und Verherrlung überliefer. Weil aber alles auf dem Spiele steht, was wir seither errungen haben, deshalb muß auch darüber volle Klarheit geschaffen werden, daß es in diesem Kampfe nur ein Huben und Drücken geben kann. Wenn die kommunistischen Parteibestrebungen höher stehen als der erfolgreiche Kampf unserer Gewerkschaften, der wird die Konsequenzen seiner Handlungen auf sich nehmen müssen.

## Dom Ausland.

**Die Vierundvierzig-Stunden-Woche in Australien.** Auf Grund der Entscheidung der Lohnräte im Staate Victoria ist die Vierundvierzig-Stunden-Woche in diesem Lande in folgenden 27 Berufen oder Industriezweigen vorgeschrieben: für das gesamte Baugewerbe, Schuhmacher, Kleidermacher, Gärtner, Strickmacher, Hersteller von Arbeitskleidung, Bügmacherinnen, Eltern im Handel mit Ausnahme der im Kleingewerbe beschäftigten, Schreiner metallischer Instrumente, Photographen, Kanalbauer usw., Steinbauer, Grabmäler, Angestellte in großen Großhandelsgruppen, Schirmmacher, Ausbesserer und Unterzuckerarbeiter.

Die Angestellten im Steinhandel, Steinbrucharbeiter und das Hartgewerbe arbeiten 46 Stunden in der Woche. Wenn über diese Hochtarifzeit gearbeitet wird, so treten besondere Überarbeitsentgeltsätze in Kraft.

Die Sanarbeiter in Sydney, der Hauptstadt des Staates, beklagen langsam, sich energisch gegen alle Berufe zur Verbesserung der Vierundvierzig-Stunden-Woche zu betätigen. Lieberhändler stellen in jedem Falle abweichen werden, solange nicht der betreffende Fall von der Gewerkschaft unterricht und gutgeheissen wurde.

**England.** Die Gesamtlohn der Arbeiterschaft für den Monat August bezogen im Mai dieses Jahres nach der Anordnung des Arbeitsministers rund fast 250 Millionen Pfund Sterling.

**Belgien.** Die Gewerkschaftsversammlung des belgischen Arbeiterschaftsverbandes dem Vertrag eines Geistes, betreffend Arbeitslosenversicherung, zu den Fortgenen der belgischen Internationalen Vereinigung zur Befreiung der Arbeiterschaft einstimmig Zustimmung ertheilt. Der Vertrag vereinbart mit einem be-

sonderen Landes-Rückversicherungsfonds geschaffen werden. Der letztere würde bei verlängerter Arbeitslosigkeit in Anspruch genommen werden können.

Nach dem Entwurf würden Arbeitgeber für die britische Arbeitslosenklasse Beiträge nicht zu zahlen haben, weil man die Einmischung der Arbeitgeber bei der Verwaltung zu vermeiden wünscht. Die Versicherung soll obligatorisch sein für alle Arbeitseinkommen bis zu 12 000 Fr. im Jahre. Die übrigen Arbeiter würden eine freiwillige Versicherung eingehen können. Etos des Einspruches einiger Vertreter war, man der Ansicht, daß die Unterstützungsgröße auf zwei Drittel des Normallohnes beschränkt werden soll. Die britischen Städtchen würden eine Unterstützung für die Dauer bis zu 50 Tagen zahlen können, während bei noch längerer Arbeitslosigkeit der Landesfonds herangezogen werden kann. Der Staat soll den Ortsklassen einen Buschus in der Höhe der Hälfte der eingegangenen Beiträge leisten. Ferner werden von den Provinzial und Gemeindebehörden Buschusse von je 20 % gesondert.

Der Rückversicherungsfonds würde von den Arbeitgebern einen Beitrag von 75 % erheben, der Staat hätte 25 % dazuzulegen und die Arbeiterorganisationen 5 %.

## fachliteratur.

**Deutsche Malerzeitung die Mappe.** Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Verlag von Georg D. W. Gallwey in München. Das Augustheft enthält die Tafel 19: Innenaum von J. C. Qued; Tafel 20: Farbige Häuserzeile von Ludwig Heisberger; Tafel 21: Decke und Wand von Cornelia Habisch; Tafel 22: Dreifries von E. Stiegmann. Sämtliche Tafeln eignen sich gut zur praktischen Verwendung und bieten den Kollegen mancherlei Anhaltspunkte. Von den ersten drei Tafeln ist außerdem die gute Farbenstimung herzugeben.

Das Septemberheft enthält: Tafel 23: Innenaum von W. Rothhaar; Tafel 24: Fensterläden von Karl Sonner; Tafel 25: Moderne Decke und Wand von M. Sternagel; Tafel 26: Moderne Wandmalerei von Emil Bloch; Tafel 27: Neue Schrift für Schriften von Ludwig Böck.

Der Preis für die deutsche Malerzeitung "Die Mappe" beträgt für Ausgabe A vom 1. Oktober an 120 M. vierteljährlich, die Ausgabe B, technische Wochenschrift allein, 75 M. im Vierteljahr. Der Preis ist angehoben, wenn man bedenkt, daß heute alles um das Hundert- bis Dreihundertfache und mehr im Preise gestiegen ist. Zu Friedenszeiten kostete die Zeitschrift 3 M. pro Quartal.

## Literarisches.

Schicksale der Völker, von Alexander von Gleichen-Rußwurm, ist der neueste Band, den der Volksverband der Buchfreunde, Wegweiser-Verlag, Berlin W 50, für seine Mitglieder herausgegeben hat. Im Vorwort heißt es: „In diesem Buch will ich Dichterstudien mich anvertrauen, um das Werden des geschichtlichen Menschen in Landschaft, Fabel und Fabel zu schildern. Seine Götter will ich verteidigen und mich einfühlen in das Geheimnis, wie sich ein Stamm zum geschichtlichen Volk bildet, auf den unergründlichen Wassern emporblüht, einem Lotus gleich, der seine Knospe daraus emporzuhoben weist zur Vollentfaltung und, wenn die Zeit vorüber ist, sich wieder hinabsenkt, wo seine Knospe gesamt, in das Unergründliche des Gewässers. Im Schicksale der Völker wie im Schicksale des einzelnen ist der Schauspiel gebieterisch... Was äußerliches Geschehen aus einem Menschen, aus einem Volle macht, wie es sich seelisch verhält zu Glück und Unglück, wie es Gefahr, wie es Erfolg übersteigt, mit welcher sittlichen Kraft, das ist seine Geschichte, das macht historische Studien bedeutungsvoll für die Gegenwart... Wie der einzelne unter andern hervorragt, wenn er ein Jahrzehntiges Profil zeigt, so zeigen die geschichtlich beglaubigten Völker her vor. Die schärfsten, niemals aus dem Bewußtsein der Menschheit zu verlöschenden Profile haben auf alle späteren Völker gewirkt, und alle späteren haben von ihren großen Überlieferungen gelehrt, sind Geist von ihrem Geist geworden.“ Auch dieser Band (370 Seiten umfassend) ist auf holzfreiem Papier gedruckt, in Halbleinen gebunden, und stellt eine anerkannte Werteistung des Verbandes dar. Die Mitgliedschaft ist kostenlos. Abgaben und zweimittagszeitiges Verlagsabrechnungs sind kostenlos zu bezahlen vom Volksverband der Buchfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin W 50, Kantstrasse 84.

**Arbeiter-Kalender für 1923.** Das handliche, gut gebundene Notiz- und Nachschlagebüchlein wird demnächst wieder im Verlage der Buchdruckerei Vorort, Berlin, und J. & W. Dietz Nachf. erscheinen. Bei den vielseitigen Interessen, die den modernen Arbeiter bewegen, kann er eines Taschenbuches nicht entgehen, das ihm die nötigsten Auskünfte und gleichzeitig Gelegenheit zu eigenen Eintragungen gibt. Gerissen Nachtz. behandelt in einem instruktiven Aufsatz das Fürsorgewesen und verzeichnet die hier in Frage kommenden Adressen. Auch das übrige Adressenmaterial (Partei, Gewerkschaften, Presse, Buchhandlungen, Postbüros, Sport usw. Organisationen) ist von besonderer Reichhaltigkeit. Den kalendarisch gegliederten Teil für eigene Notizen begleitet die Angabe wichtiger Gedächtnisse. Alles in allem: ein nützliches Büchlein, das zur Anschaffung empfohlen werden kann.

## Sterbetafel.

**Berlin.** Am 31. August starb der Kollege Richard Glanzel, geboren am 19. August 1883 in Dresden-Griesberg i. S. Am 2. September starb unser Kollege Georg Reuß im Alter von 20 Jahren. — (Zahlreiche Dokumente.) Am 26. Juli starb nach langem Leiden unser Kollege Heinrich Baenschmann im Alter von 63 Jahren.

**Würzburg 1. W.** Am 24. August starb nach kurzem schwerem Leid an Rippenfellentzündung unser Kollege Richard Michaelis im Alter von 22 Jahren. Stuttgart. Am 18. August starb der Kollege Chr. Schüller, 10 p. geboren am 15. September 1862. Würzburg. Am 9. August starb nach langerem Leid unser Kollege Adolf Schumann, geboren am 11. Februar 1871 in Cannstatt.

Thre Ihrer Kunden!

## Anzeigen

### Wagenlackierer

werden bei gutem Lohn sofort eingestellt. Stelle wird vergütet. Anschriftswerte von EDELMAN G. m. b. H., Offenbach.

Jeder Kollege

bestelle sofort einen Probefarb

, Der Dekorationsmaler“

3 frühere Hefte mit 11 Seiten

Veröffentlichung des Betriebes.

Quellen-Verlag,

München, Punkt, Hippolytstr. 2.

### Cadierwerkstatt

(Crellestadt) mit sämtlichen Innenaus- und Massivmöbeln

### ff. Griftenz

mit möblierten Räumen, für nur 60 000 M. zu verkaufen. Möblierter

Wohnraum, Schreibgarnitur, Bade-

raum, Schreibgarnitur, Bade-

Geschäftsräume von 8/10 bis 10/12.

Mehrere tüchtige gelernte

### Wagen-Lackierer

zum sofortigen Eintritt gesucht.

BENZ & Cie., Rhein-Automobil-Motoren-A.-G., Mannheim.

## !Tüchtige Lackierer!

Werkhof unverhohlt. Inden dauernde Beschäftig. i. unserer Aut. Automobilen.

Gebr. Reichenstein, Brunnabor-Werke, Brandenburg a. d. H.

### Malerschule Buxtehude

Größte und älteste Fächerschule für Dekorationsmaler. Letzte Frequenz 228 Schüler, 24 Meisterprüfungen.

Zahlr. gold. Medallien u. Ehrenpreise Silbermedaille 1904.

\* Wintersemester 1922/23: 1. Oktober bis 31. März \*

Meisterkurse. \* Akademiekurse. \* Sonderkurse.

Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prospl. d. die Direktion.

### Spezial-Firnis „RUDOL“

hell, circa halb so teuer wie Leinölfirnis, als Ersatz sowie zum Verschneiden von Leinölfirnis geeignet.

Probekannen von 6 kg gegen Nachnahme.

Chemische Fabrik RUD. OEHLENKE, Berlin SO 101, Lubbener Strasse 1.

Beginn des 20jährigen Studies unserer Spezialschule für

1923- II. Marmorimitation

am 1. November 1922

St. Petershausen & Co., Hamburg 5.

Man verlange Prospekt.

### Arbeitslose

oder eine selbständige Griftenz Suchende, die wöchentlich 800 bis 1000 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon fertiggestellten Sammladen mit Erfolg benötigen. Buchdrucken-Bauern für Schreibmaschinen und Schreibmaschinen aller Art aufzufinden. Mit Hilfe meiner Buchdruckereien kann jeder sofort die saubersten Glasschreibmaschinen beschaffen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasschreibmaschinen, die etwas ganzes und Vornehmen sind. Ganz neue Sammladen, bestehend aus 16 Doppelabzügen, jedoch 26 große und 26 kleine Buchdrucken in 5 verschiedenen Schriftarten und in verschieden Größen von 1/2, bis 10 cm, sowie Seiten, Blättern und Belegungen in 4 verschiedenen Größen nebst fertigem Kristallglas, alles mit eigenem Namen des Bestellers im Werte von allein 50 M. einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium: nicht genauer Gebrauchsbeschreibung: Preis der kompletten Serie nur 125 M. gegen Nachnahme oder Entsendung des Betrages von 180 M.

Albin Hutmacher, Maler, Gülden (Süd), Rheinland.

### Die Erfolge eines Monats

die von den in- und ausländischen Schülern im Mecklenburg-Maler-Technikum Schwerin i. M. seit 10 Jahren erzielt werden, übertreffen in jeder Hinsicht weit ihre Erwartungen. Die konkurrenzlosen, erfolgreichen Monats-Sonderkurse haben sich durch unser einzigartiges grundlegendes Lehrsystem für Schaffler — und ganz besonders in diesen üblichen Jahren der Tenuering — glänzend bewährt. Aufwärts. Aufklärungssehr. Nr. 10 u. 15 nebst Lehrplan kostenlos durch die Direktion.

Die Woche vom 18. Septb. bis 25. Septb. 1922 ist die 38. Beitragswoche.